Wittgensteiner Zeitung

Amtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe, der Aemter Wittgenstein, Banfe und Erndtebrück

Die „Wittgensteiner Zeitung" erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag und kostet monatlich 1 Mark / Postscheckkonto: 40449 Köln Girokonto: Kreissparkasse Laasphe Nr. 89

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt"

Fernsprecher Nr. 1

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe

Anzeigen: 1 mm hoch, 42 mm breit 10 Pfennige
Familien- und kleine Anzeigen 8 Pfennige
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfennige
Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif

Nummer 124 — Laasphe, Donnerstag den 21. Oktober 1926 — 51. Jahrgang

Amtliches.

Betrifft: Meldepflicht zur Krankenkasse.

Von den Krankenkassen wird fortgesetzt Klage geführt über Nichtbeachtung der Meldepflicht seitens der Arbeitgeber versicherungspflichtiger Personen; Strafanzeigen seien zur Schonung der Meldepflichtigen nur in sehr beschränktem Umfange erstattet worden.

Ich weise wiederholt auf genaue Beachtung der Vorschriften in § 317 der Reichsversicherungs Ordnung hin, wonach die Arbeitgeber jeden von ihnen Beschäftigen, der zur Mitgliedschaft bei einer Krankenkasse verpflichtet ist, bei der zuständigen Stelle binnen drei Tagen nach Beginn und Ende der Beschäftigung und alle Aenderungen des Beschäftigungsverhältnisses, welche die Versicherungspflicht berühren, sowie Lohnänderungen binnen gleicher Frist zu melden haben. Zuwiderhandlungen können mit Ordnungsstrafen von 1 bis 1000 RM. bestraft werden.

Die Krankenkassen sind genötigt, zur Aufrechterhaltung eines geordneten Geschäftsganges und zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten bei Anträgen der Versicherten auf Kassenleistungen künftig jede zu ihrer Kenntnis gelangende Uebertretung zur Anzeige zu bringen.

Berleburg, den 16. Oktober 1926.

Der Vorsitzende des Versicherungsamtes des Kreises Wittgenstein
J. V.: Martin, Kreisinspektor.

Doorn und Homburg.

Die Vermögensabfindung des ehemaligen preußischen Königshauses durch den Staat Preußen ist jetzt endgültig erfolgt, und die betreffende Gesetzesvorlage vom Landtage in Berlin in der dritten Lesung angenommen worden. Die stürmischen Szenen, welche dies Ergebnis begleiteten, übertrafen noch die Vorgänge bei der zweiten Lesung, und es hat nicht viel gefehlt, daß daraus eine Straßenschlacht geworden wäre. Mit dem Gesetz ist auch die Bestimmung gutgeheißen worden, durch welche dem Exkaiser und seiner Gemahlin die lebenslängliche Wohnbenützung des Schlosses zu Homburg vor der Höhe gestattet ist, falls sie Haus Doorn in Holland zu verlassen und in Deutschland wieder Aufenthalt zu nehmen gedenken. Falls Wilhelm II. diesen Gedanken hegen sollte, was indessen bisher nicht so ist, so wird er sich nach den Ereignissen im preußischen Landtage diesen Entschluß reiflich überlegen, denn es macht keine Freude, sich solchen Vorgängen auszusetzen, die von rücksichtslosen Menschen verwirklicht werden könnten. Die dauernde Anwesenheit in Haus Doorn, welche die persönliche Freiheit einschränkt, gehört allerdings auch nicht zu den besonderen Annehmlichkeiten, aber soweit bekannt geworden ist, hat sich der frühere Monarch entschlossen, da auszuhalten, wo er jetzt ist. Wenn somit die Erörterungen über einen Wandel in dem Wohnsitz des Kaiserpaares aufhören werden, so dürften auch die Diskussionen in Paris verstummen, welche schon Schloß Homburg als kaiserliche Residenz sahen und daraus allerlei bedenkliche Folgen für die Zukunft zogen. Auch wenn der Kaiser nach dem Taunus übergesiedelt wäre, so würde die Möglichkeit einer Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland noch lange nicht nahe gerückt sein. Daß der frühere Kaiser viel von dem Aufenthalt in Homburg, von dem die Saalburg, das altrömische Kastell, nicht weit entfernt liegt, gehalten hat, ist bekannt, aber diese Tatsache kann nichts daran ändern, daß der letzte deutsche Kaiser nach menschlichem Ermessen in Holland verbleibt und vor der Hand nicht nach Deutschland heimkehrt.

Die Pariser Zeitungen hatten die Behauptung aufgestellt, die Besetzung des linken Rheinufers würde nicht aufgehoben werden, wenn Wilhelm II. Schloß Homburg beziehen würde. Da Homburg nicht „kaiserliche Residenz" werden wird, so läßt sich also hieraus kein Hindernis für die Freigabe des Rheinlandes durch die französischen Truppen herleiten. Es wird aber aus Paris berichtet, in der letzten Unterredung zwischen dem Premierminister Poincaré, dem Minister des Auswärtigen Briand und dem General Guillaumat, dem Oberbefehlshaber der französischen Truppen in den Rheinlanden, sei beschlossen worden, bis auf weiteres das linke Rheinufer nicht zu räumen. Damit wäre also der Hauptgegenstand der Besprechungen von Thoiry zwischen Briand und seinem deutschen Kollegen Dr. Stresemann aus den noch geplanten Verhandlungen ausgeschaltet worden, und es bliebe abzuwarten, was in dieser Beziehung noch geschehen soll. Daß die französischen Truppen überhaupt nicht abmarschieren sollen, ist nicht gesagt worden, die betreffende Meldung hätte also nur zu bedeuten, daß der Befehl zur Freigabe dieses Gebietes erst dann erfolgen soll, wenn die deutsche Reichsregierung die Bedingungen angenommen hat, die ihr von Paris noch gestellt werden sollen. Mit Homburg als Wohnsitz des Exkaisers hat die Rheinräumung in keinem Falle etwas zu tun.

Die Sachlage ist heute also so, daß Deutschland an Frankreich noch finanzielle und wirtschaftliche Konzessionen zu machen hat, wenn die zwischen beiden Staaten beabsichtigte Verständigung verwirklicht werden soll. In welchem Rahmen sich diese deutschen Gegenleistungen bewegen werden, ist noch immer unbekannt, aber daß ein Einverständnis darüber möglich sein wird, wird selbst aus Paris nicht bestritten. Wir wissen nur, daß die Erreichung dieses Zieles nicht leicht sein wird, Von höchster Bedeutung ist, daß die innere Ruhe und Ordnung in Deutschland darunter nicht leidet.

Aenderung der europäischen Politik.

Ein Manifest der Finanzleute.

Der Londoner Berichterstatter des „Petit Journal" erklärt, daß Mittwoch vormittag in sämtlichen europäischen Hauptstädten gleichzeitig ein Manifest veröffentlicht werden würde, das die Unterschriften der größten europäischen und amerikanischen Finanzleute trage. Dieses Dokument enthalte ein Exposé über die allgemeine aus dem Krieg sich ergebende Lage Europas, und zwar die Finanz- und die Wirtschaftslage, und fordere die Annahme eines genauen Planes, um diese Lage zu bessern. Dieses Dokument sei vielleicht das wichtigste seit dem Versailler Vertrage, und seine Auffassung über die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas werde alle bisherigen Auffassungen umstoßen. Es werde zweifellos eine allgemeine Ueberraschung hervorrufen. Die Abfassung habe mehr als sechs Monate gedauert. Das Dokument gebe die Ansicht der bedeutendsten Köpfe der internationalen Finanzwelt wieder.

Das Manifest erkläre, daß die seit dem Kriege von den europäischen Nationen verfolgte Politik mehr Probleme aufgeworfen als gelöst und mehr Schwierigkeiten geschaffen als überwunden habe. Das Manifest befürwortet eine radikale Aenderung in der europäischen Politik, und man erwartet seine Veröffentlichung mit begreiflichem Interesse.

Der Weltappell für Wirtschaftsfrieden.

Berlin, 18. Oktober. Ein von führenden Männern der Weltwirtschaft unterzeichnetes Manifest wendet sich insbesondere gegen die Tarifbarrieren, gegen Ein- und Ausfuhrverbote, die dem freien Güteraustausch den Weg versperren. Ferner wendet sich die Kundgebung gegen die Zollpolitik der Nachkriegszeit, durch welche der eine Staat seine billige Nahrungsmittelversorgung, der andere Staat seine Belieferung mit billigen Industrieerzeugnissen verloren habe. In der Kundgebung wird dann weiter ausgeführt, wie unter dem Schutz der Zollmauern ein unpraktischer Protektionismus getrieben wurde, wie künstlich unrentable Lokalindustrien errichtet worden sind, die nur durch die aufgetürmten Zollmauern ihr Leben fristen. Auch die Eisenbahntarife, die unter politischen Gesichtspunkten zum Schutze unrationeller und unrentabler Wirtschaftskreise festgesetzt sind, sind eine der Hemmungen des freien, wirtschaftlich zweckmäßigen Güteraustauschs. Die Folgen all dieser künstlichen Beschränkungen sind Rückgang der Produktion, allgemeine Preissteigerung, Abnahme der Kredite und des Geldumlaufs. Um Europa die wirtschaftliche Gesundung wiederzugeben, die es zu seiner Befriedung braucht, ist daher vor allem Handelsfreiheit notwendig.

Der Jahrestag von Locarno.

Ein Gedanke der Versöhnung.

Bei einer in Locarno anläßlich des ersten Jahrestages des Abschlusses der Verträge von Locarno veranstalteten Feier hielt der schweizerische Bundesrat Motta eine Ansprache, in der er einleitend betonte, daß er vor allem als Tessiner spreche, und dann u. a. ausführte:

Die letzte Völkerbundsversammlung in Genf hat Deutschland einstimmig als Mitglied in den Völkerbund aufgenommen. Damit ist der Pakt von Locarno in Kraft getreten. Ich will mich nicht dabei aufhalten, darzulegen, daß mit dem Augenblick, wo der letzte unserer Nachbarstaaten, aber größte hinsichtlich der Bevölkerungszahl, in den Völkerbund aufgenommen wurde, dem wir dank des weisen Entscheides des schweizerischen Volkes und der Kantone von Anbeginn angehörten, auch eines der wichtigsten Interessen unseres Landes gewahrt worden ist.

Auf abschüssiger Bahn.

25] Roman von B. Corony.

„Da setz' dich her!" fuhr er die Erschrockene an und riß sie förmlich auf die Bank an seine Seite nieder.

„Was hast du denn?" fragte sie zornig.

„Das Lügen und Betrügen kannst du dir künftig sparen."

„Sag' mal, bei dir ist's wohl nicht richtig da oben?" Sie tippte ihm mit dem Finger auf die Stirn.

„Laß die Dummheiten!" preßte er heiser hervor und sprach dann, mühsam die Stimme dämpfend, von seiner Entdeckung.

Gertrud zuckte mit den Schultern. „Es ist hon der Mühe wert, solches Aufhebens davon zu machen! Am Abend vor seiner Abreise gab mir der junge Herr Baron die Münze als Bezahlung für ein Glas Ziegenmilch. Da ist doch weiter nichts dabei."

„Nein, aber bei deiner Lügerei! Warum hast du mich denn angelogen und behauptet, die Muhme habe dir diese Münze gegeben — wenn dein Gewissen rein war?"

„Herr Gott, wegen deiner ewigen Eifersucht. Da sagt man schon dies und das, um nur Ruhe zu kriegen. Deshalb brauchst du keinen Zank mit mir anfangen. Frag' doch den Herrn Herbert, ob ich jetzt ein unwahres Wort gesprochen hab'!"

„Den? Ja, da könnte ich schon auf eine aufrichtige Antwort rechnen!" erwiderte Just mit höhnischem Lächeln und gehässigem Blick. „Das war schlecht von dir, Trude, ganz elend und schlecht! Der Herr Oberförster wird schon Recht behalten mit seiner Rede: „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm". — Aber ich hab' ja nicht auf ihn hören wollen, hab' alles hingeworfen und bin gegangen, weil du mich in der Schlinge gefangen hast — wie dein sauberer Vater die Hasen, die gerade ebenso töricht gewesen sind, wie ich. Aber jetzt nimm dich in acht! Jetzt paß ich auf! Und wenn —"

Die Musik begann von neuem. Ein derber Bauernbursche mit bunten Bändern am Hut forderte die junge Frau zum Tanz auf.

„Das alles ist ja zu dumm, als daß ich dir antworte," flüsterte diese und walzte mit dem ländlichen Tänzer davon.

„Willst du nicht auch tanzen, Just?" fragte ein alter Bekannter, der jetzt an den Tisch trat.

„Nein die alberne Hopserei mach' ich nicht mit," entgegnete er grimmig. „Aber trinken möcht' ich! He, Wirtschaft, he! Donnerwetter, ist denn da keiner, der sich um einen kümmert?"

„Nein, wer was haben will, muß es sich schon selbst holen," sagte Peter Neuhaus.

„Hinterdrein lauf' ich nicht!"

„Bist ja recht bequem geworden! Da sieht man gleich, wenn's jemand gut geht. Na, ich weiß Bescheid hier in Küche und Keller und schaff' gern was ordentliches herbei. Aber — wer zahlt die Zeche?"

„Ich!"

„Du? Recht so! Das nächste Mal bin ich an der Reihe."

Mit kräftigen Ellenbogenstößen sich den Weg bahnend, verschwand er und erschien kurz darauf wieder mit einem Burschen, der Brot, Fleisch und ein paar Gläser Bier trug.

Reiner aß nur wenig, trank aber hastig und sah immer der Gertrud nach, die gar nicht zu tanzen aufhörte und sozusagen aus einem Arm in den anderen flog.

„Hast ein verdammt hübsches Weib!" sagte Peter Neuhaus.

„Ja, hübsch ist sie, aber der Teufel steckt in ihr," murmelte Just. „Wie sie sich nur dreht und hat — mit der Faust möcht' man d'reinschlagen!"

„Aha, dir paßt's nicht, daß sie so viel tanzt?"

„Nein, das paßt mir nicht!"

„Und darum bleibst du hier wie'n Griesgram sitzen? Nimm dir doch auch ein Mädel und walze los."

„Tanzen mag ich nicht."

„Also tu' was anderes."

„Was denn?"

„Herrje, als ob man hier mit seiner Zeit nichts anzufangen wüßte! Da stehen doch zum Beispiel die Schießbuden."

„An der dummen Spielerei beteiligt sich einer, wie ich, schon gar nicht."

„Na, bloß zum Spaß — und wär's auch nur, um das Bauernvolk zu ärgern. Sieh' mal, die verschießen dort ihr ganzes Geld und treffen doch nichts."

„Berufsjäger machen da überhaupt nicht mit."

„Berufsjäger? Du bist doch seit anderthalb Jahren keiner mehr."

„Ja so — freilich — ich bin keiner mehr. Da hast du ja recht. Die Gläser sind leer."

„Na, da sollen frische kommen. He da!"

Der Kellnerjunge kam eilends herbei.

„Noch ein paar Gläser, aber schnell!"

Der Veit brachte schleunigst das Verlangte und nahm das Geld dafür in Empfang. „Wenn die Herren sonst noch was wünschen?"

„Ja, später! Also aufgepaßt, sobald ich rufe!"

„Alleweile, Herr Reiner."

Peter ergriff das Glas.

Plötzlich packte Just seinen Arm. „Sieh nur!"

„Was denn? Herr Gott, deine Finger drücken einem ja blaue Flecke. Was ist denn los?"

„Da tanzt sie an der Tribüne vorbei."

„Deine Frau? Na ja, das geht doch gar nicht anders."

„Aber wie sie ihn anblickt!"

„Wen?"

„Den jungen Baron! Das Feuer sprüht ihr ja förmlich aus den Augen."

„Warum nicht gar! Davon hab' ich nichts bemerkt. Irgendwo muß der Mensch doch hinschauen. Der Baron Herbert spricht ja eifrig mit dem blonden Fräulein."

„Ja, aber sie — sie — ich sag' dir — der geht was im Kopf herum."

„Unsinn. In deinem eigenen scheint's zu spuken. Kannst vielleicht nicht so'n paar Gläser Bier mehr vertragen?"

(Forts. folgt.)

Wir wollen heute diesen denkwürdigen Akt von einem umfassenderen Standpunkt aus betrachten. Er ist für uns das Zeichen der Versöhnung zwischen den Kriegführenden von gestern. Er erlaubt die Hoffnung, daß die lang bedrängten Völker zusammen an den Werken des Friedens und der Kultur arbeiten werden. Er bestätigt den Verzicht auf die Anrufung der Waffen als höchstes Mittel zur Lösung der Konflikte zwischen den Staaten und gibt dem edlen Gedanken der Versöhnung und der Schiedsgerichtsbarkeit einen entscheidenden Impuls.

Politische Probleme.

Eine Rede des preußischen Finanzministers.

In einer öffentlichen Versammlung der Demokratischen Partei in Dortmund sprach der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff über „Innen- und außenpolitische Gegenwartsfragen". Er behandelte u. a. die Frage der Auseinandersetzung mit den Hohenzollern.

Dem dem ehemaligen König eingeräumten Wohnrecht sei keine praktische politische Bedeutung beizumessen. Innen- und außenpolitische Gründe ließen eine sofortige Rückkehr des ehemaligen Königs nicht zu. Jede preußische Regierung werde Mittel und Wege finden, jeden Versuch der Hohenzollern, das an sie gezahlte Geld zum Kampf gegen die Republik zu verwenden, zu verhindern. Das Entscheidende des jetzt zustandegekommenen Vergleichs sei, daß nun endlich alle Hohenzollern in die Reihe der Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten, auch der steuerzahlenden, eingereiht seien.

Die bisherige Außenpolitik müsse mit aller Entschiedenheit weitergeführt werden. Eine erfolgreichere Weiterentwicklung sei zu erwarten, wenn auch die Sozialdemokraten sich dem großen Block im Reich anschließen. Die ganze politische Entwicklung dränge dahin, daß die Volkspartei in Preußen in die Große Koalition eintrete. Preußen stehe vor Fragen, die schwer ohne die Volkspartei zu entscheiden seien.

Bell über die deutsche Außenpolitik.

Aachen, 18. Oktober. Bei seinem Aufenthalt in Aachen hielt der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Bell, eine politisch hochbedeutsame Rede, in der er zu den aktuellen Fragen der Außenpolitik und des europäischen Problems Stellung nahm und etwa folgendes ausführte: Ich möchte in den Vordergrund stellen, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ein neues Zeitalter schaffen muß. Man muß sich aber auch zu den gegebenen Verhältnissen frei von Uebertreibung und Nervosität einstellen. Wer glaubt, daß wir durch unseren Eintritt in den Völkerbund über alle Schwierigkeiten bereits hinweggekommen seien, der gibt sich einer Selbsttäuschung hin. Die bedauerlichen Zwischenfälle, die wir in den letzten Wochen beklagen mußten, legen den Gedanken nahe, daß schon die Möglichkeit weiterer Zwischenfälle ein schweres Hemmnis für die dauernde Verständigung bedeutet. Der Geist von Locarno soll nach ausdrücklicher Versicherung aller Beteiligten eine neue Aera des Friedens an Stelle des Hasses und der Feindschaft einleiten. Darum ist es begreiflich, wenn jetzt spontan und mit elementarer Gewalt im ganzen Rheinland und in der Rheinpfalz der Wunsch nach Befreiung sich geltend macht, in der Befürchtung, daß die Aufrechterhaltung der Besatzung sich mit wahrem Frieden und wahrer Versöhnung ebensowenig verträgt wie mit den unabweisbaren deutschen Interessen und nationalen Empfindungen.

++ **Die deutsch-österreichische Anschlußfrage.** Im Rahmen des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes sprach Bundeskanzler a. D. Dr. Renner-Wien in Berlin über das Thema: Oesterreichs Anschluß und der Völkerbund, ein Problem des Rechts und des europäischen Friedens. Für die Anschlußfreunde im Reich und in Oesterreich sei der Zusammenschluß, so führte der Redner aus, eine Herzenssache, bedeute er doch die Heimkehr eines in die Fremde verirrten Familienmitgliedes. Darüber hinaus sei aber der Anschluß ein europäisches Problem geworden. Man habe in den Friedensverträgen Staaten geschaffen, ohne sich zu fragen, ob diese Staaten mögliche Wirtschaftsgebiete sind. Oesterreich könne als Kleinstaat nicht leben. Es müßten zwei Linien hergestellt werden: Donau-Rhein durch den Kanal und Donau-Ostsee-Nordsee über Berlin. Dann wäre der Verkehr mit der Weltwirtschaft hergestellt. Von der Intelligenz der Welt werde in absehbarer Zeit der Gedanke kommen, daß große Wirtschaftskörper aufgerichtet werden müssen. Dann werden die politischen Grenzen aufhören, Wirtschaftsgrenzen zu sein. Es würde ein Locarno an der Donau geben.

Eine Propagandarede Dr. Wirths.

Konstanz, 18. Oktober. Vor über 1000 Zuhörern sprach hier Reichskanzler a. D. Dr. Wirth im Konzilsaal. Die Rede war der Beginn einer großen Propagandaaktion durch das ganze Reich. Gemeinsam mit Dr. Ludwig Haas und Reichstagspräsident Löbe will Dr. Wirth in diesem Winter in etwa 200 Versammlungen sprechen.

Nur langsame Räumung des Rheinlandes.

Paris, 18. Oktober. Das „Petit Parisien" berichtet, Kriegsminister Painlevé habe erklärt, daß die Gerüchte über eine „überstürzte" Räumung des Rheinlandes und über Vorbereitungen für den Abmarsch der Besatzungsarmee unbegründet seien. Wenn er eine Unterredung mit General Guillaumat gehabt habe, so deshalb, um sich über die Ausführung des Planes zu unterrichten, der schon seit mehreren Monaten festgelegt worden sei und sich seitdem nicht geändert habe.

Der Abschluß der Gesolei.

Der Erfolg der Ausstellung.

Die große Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen hat nach mehr als fünfmonatiger Dauer ihre Pforten geschlossen und mit einer Besucherzahl von 7½ Millionen einen Erfolg gehabt, den wohl kaum eine Ausstellung aufweisen kann.

Bei der Schlußfeier sprach der Staatskommissar der Ausstellung, Oberpräsident Dr. Fuchs, der im wesentlichen betonte, daß die Ausstellung in dreifacher Richtung einen Erfolg aufzuweisen habe. Zunächst habe die „Gesolei" ihr erstes Ziel erreicht: nämlich zur Gesundung von Leib und Seele des deutschen Volkes beizutragen. Einen weiteren Erfolg bedeute, daß das deutsche Vaterland heute wieder durch die Ausstellung zur Geltung im Ringe der Nationen gelangt sei. Des weiteren habe auch die Stadt Düsseldorf wieder ihren Platz an der Sonne erobert und befinde sich am Anfange einer glanzvollen Entwicklung.

Der Oberpräsident machte sodann die Mitteilung, daß das deutsche Rote Kreuz den verdienstvollen Männern der Ausstellung, nämlich dem Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Dr. Lehr, Geheimrat Schloßmann und Direktor Poensgen Auszeichnungen verliehen habe. Sodann ergriff der österreichische Staatskommissar Dr. Rannischer das Wort und überbrachte die Glückwünsche der österreichischen Bundesleitung zum Gelingen der Ausstellung.

Zum Schluß ergriff Generaldirektor Dr. Poensgen das Wort und führte aus: Die „Gesolei" habe aller Welt die Kunde gebracht, daß deutsche Tüchtigkeit durch die Not der Kriegs- und Nachkriegsjahre nicht hätten erdrosselt werden können und daß

der Wiederaufbau Deutschlands

langsam aber stetig fortschreite. Nicht zuletzt habe die „Gesolei" mit ihren großen internationalen Problemen eine Brücke zwischen allen Ländern geschlagen und es seien Fäden hüben und drüben angeknüpft worden.

*

Der Verkehr zur „Gesolei".

Nach dem Bericht des Eisenbahnbetriebsamtes verkehrten vom 10. Mai bis 10. Oktober auf dem Hauptbahnhof Düsseldorf 1104 Sonderzüge, die Besucher aus allen Teilen Deutschlands herführten. Aber auch im Ausland hat die Ausstellung dazu beigetragen, die Hochachtung vor deutschem Geist und deutscher Leistung wieder herzustellen. Die Ausländer, die aus allen Ländern der Erde in Düsseldorf eingekehrt sind, haben ehrlich und rückhaltlos ihrer Bewunderung Ausdruck gegeben und haben keinen Anstoß daran genommen, daß sich im deutschen Volke neuer Geist tapfer und kräftig regt. Der Anregung, die unersetzlichen Schätze der Ausstellung zusammenzuhalten, wird Folge geleistet werden; denn im Einvernehmen mit der Industrie beabsichtigt die Stadt Düsseldorf, ein Museum für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde zu schaffen.

Aus einem Ueberblick über die Besucherstatistik ist zu entnehmen, daß die höchste Tagesbesucherzahl mit 158 532 Personen erreicht wurde. Der Durchschnittsbesuch beträgt täglich 45 870 Personen. Auch die mit der Ausstellung verbundene Kunstausstellung hat gut abgeschnitten.

Der Ausklang der Polizei-Ausstellung.

Nahezu 500 000 Besucher.

Die Große Polizei-Ausstellung Berlin 1926, die seit ihrer Eröffnung am 25. September einen täglich sich steigernden Besuch aufzuweisen hatte und in der Oeffentlichkeit großen Anklang fand, hat ihre Pforten endgültig geschlossen. Bei dem sonnigen Herbstwetter zogen am letzten Tage wieder 10 000 Menschen nach Witzleben hinaus, um das Ausstellungswerk zu betrachten. Insgesamt dürften nahezu 500 000 Besucher die Eingangskontrolle passiert haben. Eine Verlängerung ließ sich trotz aller Bemühungen der Ausstellungsleitung nicht ermöglichen.

Aus Laasphe und Umgegend.

Handel und Verkehr zwischen Wittgenstein u. Dillkreis.

In der „Siegener Ztg." lesen wir:

Kaum war zu Anfang dieses Jahres eine allseitig mit Freuden begrüßte und notwendige Autobus-Verbindung zwischen den Kreisen Dill und Wittgenstein hergestellt, Handel und Verkehr begannen wechselseitig aufzublühen, als auch schon die Reichsbahn auf den Plan trat, diese Errungenschaft zunichte zu machen. Zunächst legte die Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. bei dem Landrat des Dillkreises ein energisches Veto gegen die Linienführung ein, weil der Kraftwagen von Steinbrücken ab neben dem Schienenweg fuhr, und weil sie auf besagter Strecke Macht und Einfluß bedenklich wanken sah. Und auf Grund des Kraftliniengesetzes vom 26. 8. 1925 mußte die Linie verboten werden, da die Genehmigung der Regierung in Wiesbaden noch ausstand.

Nun begannen endlose Verhandlungen, deren Höhepunkt eine vom Regierungspräsidenten in Wiesbaden anberaumte Besprechung durchweg prominenter Persönlichkeiten im Dillenburger Kreishause am 28. Mai war. Sie ergab in selten geschlossener Einmütigkeit die unerläßliche Notwendigkeit einer Verbindung zwischen den Kreisen Wittgenstein und Dill. Und dennoch: der Reichsbahnvertreter verneinte auf Grund seiner Direktiven dieses Bedürfnis. Von Laasphe bis Steinbrücken könne sich die Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. mit der Fortführung der Kraftwagenlinie einverstanden erklären, aber keinesfalls weiter. Und trotzdem der Reichsbahnvertreter im Laufe der Besprechung von allen Seiten auf die Widersprüche hingewiesen wurde, in die er sich verwickelt hatte, war das Gesamtergebnis negativ. Die an der Verbindung interessierten Teilnehmer verhehlten daher auch nicht, daß sie den denkbar schlechtesten Eindruck gewonnen hätten.

Seit diesem Tage hat die Oeffentlichkeit nichts mehr über das Schicksal dieser Kraftwagenlinie erfahren. Aber die maßgebenden Korporationen sind in der Zwischenzeit nicht untätig gewesen. Der gegenwärtige Verhandlungsstand ist folgender:

Die Reichsbahnverwaltung behauptet, daß ihr durch die Autobusverbindung ein Einnahmeausfall auf der Dietzhölzbahn (Straßebersbach—Dillenburg) von monatlich 500 Mark entstehe, der in dieser Höhe untragbar sei. Entgegen dieser Summe kamen das Landratsamt Dillenburg, die Industrie- und Handelskammer Dillenburg und der Amtmann in Banfe übereinstimmend auf einen Ausfall von 200 Mark im Monat, der zudem noch ausgeglichen wird durch den Zubringerdienst der Kraftwagen, aber nicht zahlenmäßig belegt werden kann. Die Reichsbahn hat demgegenüber die Verkehrszahlen nach Einstellung des Omnibus zusammengestellt und kommt zu dem interessanten Ergebnis, daß die Einnahme auf der Dietzhölzbahn im Juli gegenüber dem April wesentlich gestiegen ist. Bei kritischer Betrachtung der Zahlen ist aber festzustellen, daß die Einnahmen im Mai und Juni gegenüber den Vormonaten weiter gefallen sind, trotzdem der Omnibus in dieser Zeit nicht mehr fuhr. Die Julizahlen der Reichsbahn können deshalb nicht zum Vergleich herangezogen werden, weil sie wesentlich durch den Nassauischen Bauerntag in Herborn beeinflußt waren, was sich insbesondere daraus ergibt, daß die Einnahmen nur dort eine wesentliche Steigerung erfahren haben, wo es sich um den Verkehr der einzelnen Stationen des Dietzhölztales nach Dillenburg, aber nicht untereinander handelt. Unter Hinweis auf den Verkehrszuwachs im Juli begründet jetzt die Reichsbahn ihren Einspruch, der jedoch mit der oben erwähnten Erhebung von den Interessenten als nicht stichhaltig abgelehnt wird. Interessant ist es übrigens, daß die Reichsbahn den auffallenden Verkehrsrückgang im Juni mit der intensiven landwirtschaftlichen Betätigung der Bevölkerung begründet, während bekanntlich die landwirtschaftliche Tätigkeit in diesem Zeitpunkt ihren Abschluß noch nicht gefunden hat.

Nunmehr wird die Industrie- und Handelskammer Dillenburg mit dem Landratsamt die Stellungnahme der Reichsbahn widerlegen, um dadurch der Regierung eine Entscheidung zu ermöglichen. Es ist jedoch zu erwarten, daß die Reichsbahn dann erneut versucht, Gegenargumente geltend zu machen. Die Regierung in Wiesbaden hat mit ziemlicher Bestimmtheit zugesagt, daß sie die Linie mindestens probeweise in nicht allzuferner Zeit genehmigen wird. In Anbetracht der vorgeschrittenen Jahreszeit wäre es allerdings ratsam, wenn die Genehmigung bis Anfang nächsten Jahres verzögert würde, damit der Probebetrieb nicht in die verkehrsarmen Wintermonate, sondern in die verkehrsstarken Sommermonate fällt.

Die wirtschaftliche Auswirkung dieser Kraftwagenverbindung besteht hauptsächlich darin, daß die beiden Kreise, die früher wirtschaftlich sehr eng zusammenhingen, infolge der Linienführung der Eisenbahn aber vollständig von einander getrennt wurden, wieder in feste und stete Verbindung kommen. Die Beziehungen zwischen dem Dillkreise und dem Kreise Wittgenstein waren bis zur Entwicklung des Eisenbahnverkehrs für beide Bezirke außerordentlich lebhaft, und die Gebiete sind geeignet, auf Grund ihrer wirtschaftlichen Eigenart sich gegenseitig zu ergänzen, was aber unmöglich ist, wenn die Bewohner durch das Fehlen geeigneter Verkehrsmittel künstlich von einander abgeschlossen werden.

* **Laasphe,** 20. Oktober. (Herbstwald.) Mit bunten Farben malt sich jetzt der herbstliche Laubwald und zaubert uns dadurch noch im Sterben ein Bild farbenprächtigsten Lebens. Vom zartesten Gelb über glühendstes Rot bis zum saftigsten Braun sind alle Nuancen und Schattierungen vertreten. Man weiß, daß diese herbstliche Laubfärbung eine Folgeerscheinung der chemischen Zersetzung des in den grünen Blättern enthaltenen Pflanzensaftes ist, und gewisse Chemiker haben längst haargenau herausgefunden, wie diese Zersetzung vor sich geht, und mit welchem meist für normale Sterbliche unaussprechlichen Fremdnamen man das Endprodukt dieser Zersetzung benennen muß. Aber diese nüchterne Erklärung kann trotzdem nicht verhindern, daß der Anblick eines in allen Farben des Regenbogen schillernden Herbstwaldes in uns wieder jene Ehrfurcht vor der Natur und ihren Zauberkräften auslöst, die jedes noch so selbstverständliche Naturschauspiel in uns erweckt. Ein Spaziergang durch den Herbstwald zur jetzigen Zeit ist ein seltener Genuß, und wer irgend Zeit dazu findet, sollte sich diesen Genuß nicht versagen. Ohnehin sind die Tage gegenwärtig immer noch so, daß sie zum Wandern und zum Genießen der letzten Naturschönheiten förmlich einladen.

* **Laasphe,** 20. Okt. Wie bereits in voriger Nr. berichtet, erfreute sich die Versammlung des Schutzvereins für Handel und Gewerbe am vergangenen Sonntag eines guten Besuches. Die gemeinsame Steuernot schweißt allmählich auch die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes zusammen, der fast sprichwörtlichen Uneinigkeit dieses Standes zum Trotz. Um es vorweg zu sagen, die heutige Steuerlast des Gewerbetreibenden ist einfach nicht mehr tragbar. Wer das Gegenteil behauptet, tut es aus Böswilligkeit oder Unverstand. Das Gewerbe, überall in der Minderheit und nicht so fest organisiert und einflußreich wie die Arbeiterschaft, Industrie oder Landwirtschaft, ist schutzlos den auf es herabsausenden Streichen ausgesetzt. Berufsschichten, die sich über die Aufbringung der Steuern keine Gedanken zu machen brauchen und keinen Pfennig Gemeindesteuern zahlen, bestimmen über den Geldbeutel des Gewerbetreibenden und diktieren ihm, du hast soviel zu bezahlen. Wir haben heute Zustände in Deutschland, die jeder gesunden Vernunft Hohn sprechen. Durch Zurückschraubung der eigenen Bedürfnisse sucht der kleine Mann den hageldick ankommenden Steuerzetteln zu begegnen. Es muß offen ausgesprochen werden: Man vergleiche einmal die Summe der jährlichen Steuerlast mit den persönlichen Aufwendungen einer Handwerkerfamilie, wie überhaupt manches Gewerbetreibenden, ob hier noch ein gerechter Einklang besteht. Der Bogen ist überspannt, darüber sind sich alle führenden Finanzmänner einig, man sucht nur noch an dem „Wie", um Abänderung zu schaffen. In diesem Sinn erklangen die fesselnden Ausführungen des 1. Syndikus Dr. Rabe. Er beleuchtete die gesamte Wirtschaftslage, die Trustbildungen und das ganze Steuerprogramm und unterstrich noch einmal den Zweck des Gewerbeverbandes. Alle Mittelständler sammeln, nicht zur Durchdrückung anmaßender Forderungen, nein, er forderte strenge Ehrlichkeit vor sich selbst, Ehrlichkeit und Ordnung gegenüber dem Finanzamt, verlangte dann aber eine gerechte, einem deutschen Staatsbürger zustehende Behandlung seitens des Finanzamtes. Es soll an dieser Stelle zugegeben werden, daß die Arbeit der Finanzbeamten keine leichte ist und auch in den Reihen der Gewerbetreibenden sich manches Stückchen geleistet wird, das darf u. E. aber doch nicht dahin führen, daß man die Gewerbetreibenden, die ca 80 % sämtlicher Steuern aufzubringen haben, in Bausch und Bogen zu unehrlichen Menschen stempelt, wie es durch die — man muß dies schon nach dem Gehörten sagen — willkürlichen Schätzungen des Finanzamtes (in der Fachsprache „Abrundungen"), die

in Laasphe teilweise bis auf das Doppelte stiegen, geschehen ist. Der Vorsitzende des Vereins, Herr W. Baumann, berichtete über seine Unterredung mit dem Vorsteher des Finanzamtes, Herrn Oberreg.-Rat Maßmann, die eine überaus gerechte Gesinnung dieses Herrn bekundete und zu einer Untersuchung der beanstandeten Fälle führen dürfte. Im übrigen wurde von den Rednern erwähnt, daß bedauerlicherweise seit der Rationierungszeit eine fast feindselige Haltung anderer Berufsgruppen gegen den Mittelstand bestehe. Der gewerbliche Mittelstand sei in jeder Weise bestrebt, überall und stets friedliche und verständnisvolle Zusammenarbeit zu leisten und bedauere außerordentlich, daß durch das heutige unglückliche System der Steueraufbringung Reibereien entständen und entstehen müßten. Bei einer gerechten Steuerverteilung auf alle Schultern würde ein freudiges Zusammenarbeiten, ein gemeinsames Suchen nach gangbaren Wegen, verständnisvolle und tragbare Erledigung notwendiger Projekte schon von selbst kommen. Der gewerbliche Mittelstand sei gerne bereit, eine für ihn tragbare Last auf sich zu nehmen und seine staatsbürgerlichen Pflichten zu erfüllen. Er fordere nur von allen anderen Berufsschichten Verständnis, Achtung und die Unterlassung der nicht angebrachten Bekämpfung und teilweisen Boykottierung, denn das habe er als kräftigste Stütze jedes staatlichen Gebildes und als anerkannte Arbeitsbiene des deutschen Volkes wahrlich nicht verdient.

* **Laasphe,** 20. Oktober. Am Montagabend gab Bellachini im Saale des Westfälischen Hofes ein Gastspiel, das sich eines guten Besuches erfreuen durfte. Bellachini, Meister seines Faches und guter Humorist, verstand es durch seine fabelhaften Leistungen, die Zuschauer in Erstaunen zu setzen. Wie uns die Direktion der Bellachini-Gastspiele mitteilt, wird Bellachini am kommenden Samstag erneut eine Probe seines Könnens liefern und sich auf Wunsch auch mit Telepathie befassen. Es dürfte daher auch aus diesem Grunde ein Besuch des Abends lohnend sein.

Erndtebrück, 18. Okt. Nach einem regenreichen Sommer hatte man allgemein gehofft, daß uns der Herbst durch eine lange Reihe schöner Tage erfreuen würde. Leider hat aber auch er uns nur ganz vorübergehend ein freundliches Gesicht gezeigt, denn schon heute hat der Winter seine Boten in Gestalt von richtiggehendem Schnee ins Land geschickt. Wenn er auch noch keine bleibende Stätte fand, so ist er doch ein beredter Zeuge für das Herannahen dieses rauhen Gesellen, der allem Leben und Treiben in der Natur ein jähes Ende setzt. Mancher Landwirt hat seine Erdäpfel noch nicht alle geborgen und die Herbstbestellung läßt noch besonders zu wünschen übrig. Wir wollen daher hoffen, daß sich der Herbst doch nicht so ohne weiteres aus dem Felde schlagen läßt, denn für unsere Jugend kommt der Winter in vier Wochen noch früh genug.

☐ **Girkhausen, 19. Okt. Als Nachfolger für den nach Hilchenbach gewählten Pfarrer Dr. Müller hat die Fürstin Madeleine zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg den Hilfsprediger Pastor Rietbrock aus Gelsenkirchen-Schalke ernannt, der schon im Sommer den erkrankten Pfarrer Bauer Laasphe vertreten hat. Nach dem kürzlich erfolgten Bau eins Gemeindehauses trägt sich die Gemeinde mit dem Gedanken, auch ein eigenes Pfarrhaus zu errichten.**

— **Siegen, 18. Okt. Der Geschäftsführer der Deutschen Volkspartei, Herr Nitschke-Siegen, übernimmt am 1. November als Generalsekretär die Leitung des 14. Wahlkreises Weser-Ems in Bremen.**

Bekämpfung der Wohnungsnot.

Die nachstehenden Ausführungen gehen uns mit der Bitte um Veröffentlichung zu. Hoffentlich tragen diese mit dazu bei, auf die Bautätigkeit auch in unserer Vaterstadt Laasphe fruchtbringend einzuwirken.
Schriftl.

Die deutsche, also auch die preußische Volkswirtschaft leidet und wird weiter leiden unter der Wohnungsnot und unter Arbeitslosigkeit sowie unter den Folgen dieser Notstände, so namentlich auch unter gesundheitlichen Schäden. Eine Gesundung unseres Volkskörpers in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung ist deshalb nur möglich, wenn Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit behoben werden.

1. Eine Bekämpfung der Wohnungsnot kann nur durch den Neubau von Wohnungen, also durch eine umfangreiche Bautätigkeit, erfolgen. Die Bautätigkeit und die Ausstattung der neuen Wohnungen schafft Arbeit nicht allein für das eigentliche Baugewerbe, sondern als Schlüsselgewerbe für fast alle Gewerbe- und Industriezweige. Die Bekämpfung der Wohnungsnot bedeutet deshalb im weitgehendsten Maße auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Mit anderen Worten: Wir können und müssen die Arbeitslosigkeit dadurch erheblich vermindern, daß wir die Wohnungsnot beseitigen.

2. Ohne öffentliche Beihilfen ist der Bau von Wohnungen für die minderbemittelten Bevölkerungsklassen bis auf weiteres nicht möglich. Es müssen deshalb noch für eine Reihe von Jahren erhebliche Mittel für die Bautätigkeit zur Verfügung gestellt werden.

3. In Preußen werden jährlich etwa 120 000 Haushaltungen neu gegründet. Hierfür sind jährlich 120 000 neue Wohnungen nötig. Weitere 50 000 Wohnungen sind jährlich nötig, um allmählich den Fehlbetrag an Wohnungen zu decken, der durch unzureichende Bautätigkeit in den letzten Jahren entstanden ist. Weitere 30 000 Wohnungen müssen jährlich als Ersatz für verfallene und schlechte Wohnungen gebaut werden, damit das Wohnungswesen in Preußen allmählich voll gesundet. Alles in allem brauchen wir also eine Bautätigkeit, die für die nächsten Jahre 200 000 neue Wohnungen jährlich erstellt.

4. Erfahrungsgemäß muß die öffentliche Beihilfe im Durchschnitt für eine Wohnung 5000 Mk. betragen, wenn der Mietpreis für die neue Wohnung in erträglichem Verhältnis zu den Altmieten bezw. zu den Einkommensverhältnissen der breiten Bevölkerungsmasse stehen soll. Es werden also an öffentlichen Beihilfen jährlich benötigt 200 000 mal 5000 Mk., ergibt also 1 000 000 000 Mk. Als Quelle für diese öffentlichen Beihilfen kommt bis auf weiteres die Hauszinssteuer, die nötigenfalls auszubauen sein würde, in Frage.

5. Um ein Erträgnis in Höhe von 1 000 000 000 Mk. aus der Hauszinssteuer für Neubauzwecke zu erhalten, ist die Erhebung von etwa 50 % der Friedensmiete bei Berücksichtigung der Ausfälle und der gesetzlichen Befreiungen nötig. Nötig wäre also eine weitere Steigerung der Mieten um 30 % der Friedensmieten. Diese Steigerung erscheint auf den ersten Blick unerträglich, zum mindesten unerwünscht. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, daß dieses Mehr an Miete von unserer Volkswirtschaft getragen werden muß, wenn wir in absehbarer Zeit aus der Wohnungsnot, aus der schlimmsten Arbeitslosigkeit, aus der Wohnungszwangswirtschaft und letzten Endes auch aus der Hauszinssteuer selbst herauskommen wollen. Das Mehr an Miete ist auch, auf die Arbeitsstunde berechnet, nicht so sehr erheblich, wie es auf den ersten Augenblick scheint. Wenn der Durchschnittssatz der Friedensmiete für eine Arbeiterwohnung auf monatlich 25 Mk. angenommen wird, ergibt ein Mehr in Höhe von 30 % von 25 Mk. monatlich 7.50 Mk. oder bei achtstündiger Arbeitszeit und 25 Arbeitstagen im Monat auf die Arbeitsstunde umgerechnet, einen Mehrbetrag von 3,75 Pfennig. Im übrigen wird die wirtschaftliche Belastung zum Teil sicher, wahrscheinlich zur vollen Summe durch Ersparnisse an der Zahlung der Arbeitslosenunterstützung ausgeglichen werden können. Auch könnte — um eine Ueberlastung der lebenden Generation zu vermeiden und auch schon jetzt eine Besserstellung des Althausbesitzes zu ermöglichen — ein Teil der nötigen Mittel anstatt durch Hauszinssteuer durch Anleihen aufgebracht werden. Letzten Endes ist auch ein Umbau der Hauszinssteuer möglich und zweckmäßig. Dieser Umbau kann dadurch erfolgen, daß neben einer ablösbaren Inflationsrente eine Bausteuer eingeführt wird.

6. Zur Finanzierung von 200 000 neuen Wohnungen im Jahr gehören außer den in Ziffer 4 erwähnten öffentlichen Beihilfen in Form von zweitstelligen Hypotheken auch noch erststellige Hypotheken. Hierfür würden nach den bisherigen Erfahrungen nötig werden jährlich etwa 1 bis 1,5 Milliarden Mk. Bei der heutigen Lage des Geldmarktes wird dieser Betrag unschwer auf dem allgemeinen Geldmarkte aufgebracht werden können, da allein schon die Sparkasseneinlagen in Preußen sich zur Zeit monatlich um 70 Millionen Mark vermehren und zwar mit steigender Tendenz.

7. Mit den in Preußen vorhandenen Bauarbeitern und Bauhilfsarbeitern können bei Einführung rationeller Arbeitsmethoden und unter der Voraussetzung, daß die Bauarbeiter ständig das ganze Jahr beschäftigt werden, 200 000 Wohnungen jährlich ohne weiteres erbaut werden. Sollten aber wirklich in manchen Gegenden nicht genügend Bauarbeiter vorhanden sein zur Erfüllung des erweiterten Bauprogramms, so würden angesichts der Arbeitslosigkeit die fehlenden Arbeitskräfte aus anderen Berufen entnommen und herangebildet werden können.



8. Die Herstellung der nötigen Baumaterialien würde gar keine Schwierigkeiten machen, da die Leistungsfähigkeit der Industriewerke, die Baustoffe erzeugen, z. B. die Ziegeleien, nur zu einem verhältnismäßig geringen Teile ausgenutzt worden ist.

9. Die Folgen der vermehrten Bautätigkeit werden sein: Sofortige Besserung des Arbeitsmarktes, restlose Beschäftigung aller Bauarbeiter, Besserung der Arbeitslage in fast allen Gewerbe- und Industriezweigen, also starker Rückgang der Erwerbslosigkeit, relativ schnelle Besserung des Wohnungsmarktes, demnächst völlige Beseitigung der Wohnungsnot und des Wohnungselends, tatkräftige Wohnungspflege, Ersatz menschenunwürdiger Wohnungen durch gute Wohnungen, damit Beseitigung der sittlichen und gesundheitlichen Gefahren, die sich aus schlechten Wohnungsverhältnissen ergeben, demnächst Beseitigung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und die baldige Beseitigung der Wohnungsämter in ihrer jetzigen Form, Abbau der Hauszinssteuer, in Verbindung damit erhöhte Rentabilität der Altwohnungen und bessere Instandhaltung der Altwohnungen, allmähliche Entfaltung der privaten Bautätigkeit und Gesundung der vom Zwange freien Volkswirtschaft; alle diese Vorteile ohne Inanspruchnahme ausländischer Erzeugnisse, da die gesamten Rohstoffe für den Neubau von Wohnungen im Lande vorhanden sind.

10. Die Vorteile einer erhöhten Bautätigkeit sind also so groß, daß sie von keinem, dem das Volkswohl am Herzen liegt, geleugnet werden können. Im übrigen hat kein Mensch von dem erhöhten Bauprogramm einen Nachteil; denn das Mehr an Miete kommt doch. Das zeigen die Erfahrungen in allen anderen Kulturländern. Jetzt kann das Mehr noch für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden, später nicht mehr. Deshalb wende ich mich an jeden Deutschen und Preußen, insbesondere an die Parlamentarier des Reiches und Preußens, namentlich auch an jeden Volkswirt mit der Bitte, an der Erfüllung dieses Programms mitzuwirken.

Berlin, den 1. Oktober 1926.

gez. Hirtsiefer,
Preußischer Minister für Volkswohlfahrt.

Zeitgemäße Betrachtungen.

Stürme.

Seine Kräfte zu entfalten, zeigt der Herbst sich vielgeschäftig,
doch sein Wehen und sein Walten ist mitunter etwas heftig.
Durch die Lande rasen Stürme, untermischt mit Regenschauern,
und sie brausen um die Türme und sie rütteln an den Mauern.

Menschenbauwerk abzurüsten, wüten sie gleich wilden Hassern,
und sie toben an den Küsten, und sie wirbeln auf den Wassern.
Stürme brausen durch die Lande und vernichten und verheeren;
es ist keine Macht imstande, ihrem Ueberfall zu wehren. —

Geht man morgens auf die Straße, merkt man schon des Sturmes Tücke,
und als täte er's zum Spaße, lüftet Hut er und Perrücke.
Hoch im Bogen, auf und nieder, tanzt der Hut im Sturmgebrause,
und kehrt man des Abends wieder, kommt man auch im Sturm nach Hause.

Rauhe Stürme, mehr und minder, sind dem Herbste beigegeben,
und wir armen Menschenkinder müssen manchen Sturm erleben.
Da sind Stürme zu bestehen, im Berufe, im Geschäfte,
Stürme kommen und vergehen, und verbrauchen unsre Kräfte. —

Stürme sind in jeder Weise Friedensstörer, Friedensbrecher,
Stürme im Familienkreise wirken leider auch nicht schwächer,
und doch sind sie garnicht selten, „kneipt" der Mann mal etwas lange,
und die Frau beginnt zu schelten, dann ist schon ein Sturm im Gange.

Doch ein Sturmtag, wie der Landtag jüngst in Preußen ihn erlebte,
solch ein Sturmtag ward zum Schandtag, daß das Haus vor Zorn erbebte.
Wenn sie schimpfen, wenn sie schreien wie die ungezognen Knaben,
kann die Wohlfahrt nicht gedeihen, wird das Ansehn untergraben.

Einzug hat der Herbst gehalten, und er zeigt sich vielgeschäftig,
doch sein Wehen und sein Walten ist mitunter etwas heftig.
Stürme wogen auf und nieder, doch die Wolken ziehen weiter —
und am Ende bricht dann wieder — sich die Sonne Bahn — —

Ernst Heiter.

Vermischtes.

△ **Marburg.** (Eines Fuhrwerks Schreckensfahrt.) Ein Unglücksfall ereignete sich hier in der Sybelstraße. Ein Wagen des Metzgermeisters Lang, der mit fünf Personen besetzt war, fuhr die steile Straße hinunter. Bei dem nassen Wetter versagte die Bremse, der Wagen kam ins Rollen, und die noch jungen Pferde gingen in Galopp über. Schließlich rannte der Wagen gegen ein eisernes Schutzgeländer und blieb schwer beschädigt liegen. Der 12 Jahre alte Sohn des Metzgermeisters erlitt dabei schwere innere Verletzungen. Ein Dienstmädchen, das auf dem Wagen saß, trug schwere Hautabschürfungen davon, die übrigen Personen blieben unverletzt.

— **Der Berliner Weinreisende als Bürgermeisterkandidat.** Unter den Bewerbern um den Bürgermeisterposten des Taunusbades Königstein, der dieser Tage mit dem Landessekretär Böhme-Wiesbaden besetzt wurde, befand sich auch ein 20jähriger Weinreisender aus Berlin. Der strebsame junge Mann erklärte in seinem Bewerbungsschreiben, die Stadt werde sich zu seiner Wahl nur gratulieren können, weil sie schon lange einen tüchtigen Berliner brauche, der das auch für den Taunus notwendige Tempo schon in der Wiege gefühlt hätte. Dann heißt es wörtlich: „Denken Sie daran, daß Lenin erst 18 Jahre alt war, als man ihn zum Führer der russischen Anarchisten machte. Man braucht nicht alt zu sein, um Besonderes zu leisten. Wenn Sie mich erst persönlich kennen lernen werden, werden Sie sagen, daß ich trotz meiner 20 Jahre ein primaprima (!) Bürgermeister wäre. Ich diene Ihnen mit allererstklassigen Offerten. Sollten Sie aber wider Erwarten auf mein Angebot nicht eingehen, so erlaube ich mir, wenigstens für Ihren Ratskeller meine neue Serie bester Rheinweine zu Originalpreisen ergebenst anzubieten." Ein Hauptkerl!

— **Oberkirchen,** 19. Okt. Ein hiesiger Einwohner, der auf dem Sofa ein Schläfchen machte, wurde durch einen plötzlichen Schmerz an der Backe geweckt. Vor ihm stand sein dreijähriger Sprößling, das offene Rasiermesser in der Hand. Er hatte das Messer auf dem Tisch gefunden und wollte den Vater rasieren.

— **Oberursel,** 19. Okt. (Erziehung.) Ein auswärtiger Fußballklub zog dieser Tage durch die Straßen. Ein Mitglied hatte des Guten dabei derart zugesprochen, daß er sich dabei übergeben mußte und dabei den Bürgersteig auf eine weite Strecke verunreinigte. Die Polizei stellte den Sünder, nahm ihn nicht in Strafe, sondern drückte ihm einen Besen, einen Putzlappen und einen Eimer in die Hand. Damit mußte der junge Mann unter dem stürmischen Hallo einer stets anwachsenden Menschenmenge die Spuren seiner „Tätigkeit" bis auf den letzten Fleck beseitigen. Zum zweiten Male wird der Bursche wohl Oberursel in solch seligem Zustande nicht besuchen. Außerdem darf man der Oberurseler Polizei zu diesem Erziehungsmittel, das besser als jede Geldstrafe wirkte, beglückwünschen.

☐ **Der schlecht gesicherte Revolver.** Ein Schupowachtmeister in Berlin wurde auf einer Patrouillenfahrt durch einen Schuß aus seinem Dienstrevolver, der sich von selbst entlud, schwer verletzt. Der Verunglückte wurde in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Der Schuß war ihm in den Unterleib gedrungen.

☐ **Ein Mord um einen Schilling.** In Felixdorf bei Wiener-Neustadt wurde die Leiche eines jungen Mannes aufgefunden, der einem Mord zum Opfer gefallen ist. Noch am Nachmittag gelang es, einen 20jährigen Arbeiter als Täter zu verhaften. Der Mörder gab an, daß er seinen Kollegen ermordet habe, weil ihn dieser wiederholt gemahnt habe, eine Schuld von einem Schilling zurückzuzahlen.

☐ **Das Ende eines polnischen Räubers.** Der in ganz Warschau gefürchtete Bandit Zolinski, der viele Morde und Raubüberfälle auf dem Gewissen hat, ist nach wochenlangem Suchen von der Polizei in einer Privatwohnung gestellt und nach erbitterter Gegenwehr erschossen worden. Der Vorfall wurde durch Extrablätter hier bekanntgegeben.

☐ **1200 Chinesen getötet.** Wie aus Schanghai berichtet wird, hat sich an Bord eines größeren chinesischen Dampfers eine Explosion von Tausenden von Granaten ereignet, bei der 1200 Chinesen getötet und eine große Anzahl verwundet wurden. Die Explosion ereignete sich bei Kiukiang. Das Schiff hatte 1500 Mann an Bord und sollte Granaten und andere Munition für den General Sun Chuang fang, den Befehlshaber von Schanghai, transportieren.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Am 17. d. Mts. verstarb zu Königsberg i. Pr. unsere liebe Mutter, die

verwitwete Frau

Kammerdirektor L. Müller

im 80. Lebensjahre.

H. Müller, Oberreg.- u. Forstrat,
Dr. med. A. Müller, Arzt.

Königsberg i. Pr. Wartenburgstr. 8.

Neuwarp i. P.

Die Einäscherung findet in Königsberg statt.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Zusatzrenten erfolgt am **Freitag den 22. Oktober 1926**, vormittags von 10 bis 12 Uhr auf der hiesigen Stadtkasse.

Laasphe, den 20. Okt. 1926.

Der Magistrat.

Elekt. Glühlampen

in allen Kerzen- und Wattstärken.

Taschenlampen-Birnen
„ Hülsen
„ Batterien
stets vorrätig.

H. Schröder, Laasphe
— Kirchplatz 4. —

Mehrere Zentner
Speisekartoffeln
(Preußen) hat noch abzugeben
Bäcker Pfeil,
Puderbach.



Wasch dein Wäschespringen

Laß dich auf nichts anderes ein, Daß der Waschtag voll gelinge,
Muß Perflor verwendet sein!

So mild und schonend wie reinste Seifenflocken, im Gegensatz zu diesen aber vollkommen selbsttätig und schneeweiß.
So bequem und fleckenlos wie selbsttätige pulvrige Waschmittel, im Gegensatz zu diesen aber ohne Schärfe für Wäsche und Hände.
So wäscht nur

Perflor, die einzige selbsttätige Seifenflocke, das einzige milde selbsttätige Waschmittel

Perflor kalt oder handwarm, niemals heiß auflösen.

Bekanntmachung.

Die Gemeinde Erndtebrück und Feudingen sind an die **Tierkörperverwertungsanstalt** in **Caan-Marienborn** angeschlossen. Nach dem abgeschlossenen Vertrage sind alle Tierkadaver an diese Anstalt abzuliefern. Die Abholung erfolgt unentgeltlich durch die Anstalt. Für die Kadaver wird eine entsprechende Vergütung gezahlt.

Der abgeschlossene Vertrag sowie die Gebührenordnung liegen in der Wohnung des Herrn Gemeindevorstehers zur Einsicht offen.

Von dem Verenden eines Tieres hat der Tierbesitzer sofort der Anstalt telefonisch Anzeige zu erstatten.

Erndtebrück, den 14. Oktober 1926.

Der Amtmann: Roeßler.

Bekanntmachung.

Betr. Grabenräumung auf den Wiesen.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung des Herrn Landrats in Berleburg in Nr. 116 des Kreisblatts und Nr. 120 der Wittgensteiner Zeitung fordere ich die Eigentümer und Pächter von Wiesen im diesseitigen Amtsbezirk zur ordnungsmäßigen Räumung der Be- und Entwässerungsgräben bis zum **1. November ds. Js.** auf.

Säumige Personen setzen sich der Bestrafung aus.

Wittgenstein, den 16. Oktober 1926.

Die Polizeiverwaltung:
Marburger.



Freitag, 22. Okt. im Saale des Herrn Patt, Erndtebrück

Einmaliges Gastspiel
des bekannten Pomröno

Bellachini

der weiße Fakir.

Anfang: 8 Uhr. Eintrittspreise: 0.50, 1.00, 1.50.

Alle elektrischen
Beleuchtungskörper, Maschinen und Materialien

kaufen Sie in nur erstklassigen Qualitäten
im Fachgeschäft bei fachmännischer Bedienung!

Ich unterhalte ein großes Lager in:

Beleuchtungskörpern,
einfacher bis feinster Ausführung.
Elektr. Koch- u. Heizapparate
(Mirella und andere Markenfirmen)
Protos-Staubsauger
Original Föhnapparate
Elektr. Heizkissen
Heizsonnen
Elektr. Warmwasserapparate
und sämtliches Installationsmaterial.

Meine Artikel sind **äußerst passende und praktische Weihnachtsgeschenke.** Bei entsprechender Anzahlung stelle ich jeden gekauften Gegenstand gerne zurück.

Elektrotechn. Fachgeschäft
Heinr. Frank,
Laasphe. Königstraße.

Der ersehnte **billige Staubsauger** mit **großer** Leistung ist erschienen.

SERVULUS

Modell II / 26

das Produkt langjähriger Erfahrung in der Fabrikation transportabler Staubsauger.

Alleinvertrieb:

Aug. Mittelmann, Laasphe.

— Auf Wunsch Teilzahlungen. —

Prima
Tafeläpfel

offeriert, so lange der Vorrat reicht, zum Preise von **22—28 Mk.** ab Buchenau.

Wirtschaftsobst
entsprechend billiger. Verpackungsmaterial bitte einsenden.

Johannes Balzer,
Gartenbaubetrieb,
Buchenau, Kr. Biedenkopf.

Zwangsversteigerung.

Am **Freitag den 22. Okt. 1926, vorm. 9 Uhr** werde ich in Feudingen
16 Meter Scheitholz
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Versammlung der Käufer am Bahnhof das.

Laasphe, 20. Okt. 1926.

Plappert,
Obergerichtsvollzieher.

Brills Edeltabake
werden von Kennern bevorzugt.
Spezialität:
Rolltabake
Gebrüder Brill,
Bilstein i. Westf.,
Tabak- und Zigarrenfabriken,
Gegründet 1809,
Aelteste Bilsteiner Tabakfabrik

Braves, tüchtiges
Mädchen

für Küche und Haushalt per 1. Nov. gesucht. Familienanschluß.

August Gimbel,
Bäckerei und Wirtschaft,
Hilchenbach i. W.

Gut möbl. Zimmer

mit und ohne Pension zu vermieten.

Näheres in der Geschäftsst. der Wittgst. Ztg.



WESTFALIA SEPARATOR MODELL W
mit seiner vorbildlichen Konstruktion: Neuartige Umlaufölung + Absolut sichere Halslagerdichtung
Verblüffend einfacher Tourenzähler!

Fabrikanten:
Ramesohl & Schmidt Akt.-Ges.
Oelde i. Westf.

Treber

abzugeben, Scheffel 60 Pfg.
Brauerei Bosch,
Laasphe.

6—8 Wagen
Dünger
kauft
Hotel Fasanerie.

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig

Soeben erscheint
In siebenter, neubearbeiteter Auflage:

MEYERS LEXIKON

12 Halblederbände
Über 160000 Artikel auf 20000 Spalten Text, rund 5000 Abbildungen und Karten im Text, fast 800 z. T. farbige Bildertafeln und Karten, über 200 Textbeilagen
Band I u. II kostet je 30 Mark, Band III 33 Mark

Sie beziehen das Werk
durch jede gute Buchhandlung
und erhalten dort auch kostenfrei
ausführliche Ankündigungen

Trockenen Fußes

gelangst Du bei Regen u. Sturm an Dein Ziel. Deine Schuhe mit

Jmmalin

sorglich gepflegt, sind wasserdicht durch den reichen Wachsgehalt dieser berühmten Terpentin-Schuhcreme.

Versuche her, versuche hin,
Du kommst zurück zu Immalin.